

Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen im Stadtteil



Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen im Stadtteil

Inhalt

Vorwort	5
I. Grundsätzliches zur Zusammenarbeit im Stadtteil	6
Selbstverständnis und Entstehungs- zusammenhang dieser Zusammenstellung	6
Zielgruppen	6
Ziele	6
Anforderungen an die Zusammenarbeit	8
II. Ausgewählte Felder und Einzelbeispiele der Zusammenarbeit	11
Erwachsenenbildung	11
Elternarbeit	13
Berufsvorbereitung	14
Zusammenarbeit mit der Polizei	16
Jugendarbeit	17
Nachbarschaft	18
Partizipation	20
Zivilgesellschaftliche Aktivitäten	23
Gesundheit	25
Interreligiöser Dialog	26
Islamforum Berlin - Beteiligte Institutionen	29
Impressum	32

Vorwort:

Die folgenden Thesen und Praxisbeispiele zur Zusammenarbeit mit islamischen Gemeinschaften im Stadtteil entstanden auf der Grundlage von Diskussionen im Islamforum Berlin. Das 2005 gegründete Islamforum Berlin ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration und der Muslimischen Akademie in Deutschland. Das Islamforum dient dem offenen Austausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern der muslimischen Gruppen, politisch Verantwortlichen in Berlin sowie Vertreterinnen und Vertretern der christlichen und der jüdischen Religionsgemeinschaften und von nichtstaatlichen Organisationen. Einer der Themenschwerpunkte der Diskussionen betraf die Möglichkeiten von Kooperationen mit islamischen Vereinen im Stadtteil.

Riem Spielhaus, Muslimische Akademie in Deutschland
Günter Piening, Beauftragter des Senats von Berlin für
Integration und Migration

Mehr zum Islamforum unter: <http://www.berlin.de/lb/int-mig/islamforum/index.html>

I. Grundsätzliches zur Zusammenarbeit im Stadtteil

Selbstverständnis und Entstehungszusammenhang dieser Zusammenstellung

Das alltägliche Zusammenleben im Stadtteil zeigt Handlungsfelder auf, die **gemeinsam** von islamischen Gemeinden und der Gesamtgesellschaft bearbeitet werden können und sollten. Moscheegemeinden, alevitische Gemeinden und andere islamische Vereine des Islamforums Berlin erklären ihre Bereitschaft, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in der Stadt und besonders im Stadtteil zu leisten. Sie weisen gleichzeitig darauf hin, dass ihren Handlungsmöglichkeiten, trotz dieser Bereitschaft, eine aktive Rolle im Stadtteil spielen zu wollen, Grenzen gesetzt sind. Diese liegen sowohl in ihren personellen und finanziellen Ressourcen als auch in internen Aspekten der Einflussmöglichkeiten religiöser Organisationen auf Nichtmitglieder.

Im Islamforum wurde die folgende Aktivitätenliste zusammengestellt, die sodann von den Koordinatoren des Islamforums zusammengefasst wurde und auch in deren Verantwortung liegt.

Zielgruppen

Die Aktivitätenliste richtet sich an islamische Vereine sowie an Akteure der Zivilgesellschaft und der Berliner Verwaltung.

Ziele

Die Mitglieder des Islamforums Berlin sehen einen Bedarf darin, **konkrete Felder der Zusammenarbeit** zwischen Muslimen und der Gesamtbevölkerung zu benennen. Deshalb wird islamischen Vereinen, nicht organisierten Musliminnen und Muslimen, der Zivilgesellschaft

und staatlichen Einrichtungen eine Zusammenstellung gegeben, die zur Kooperation anregen soll. Zudem soll sie die gemeinsame Auseinandersetzung erleichtern, indem sie **Beispiele** für Ansätze solcher Initiativen liefert und Anforderungen an die Zusammenarbeit diskutiert. Einige der genannten Beispiele sind gleichwohl nicht verallgemeinerbar sondern hängen eng mit den konkret handelnden Personen zusammen oder auch mit der konkreten Arbeit der jeweiligen Moscheegemeinde.

Zu den **Zielen** dieser Darstellung gehört es, ein Verständnis für folgende Entwicklungen zu wecken:

- Erst in der konkreten **Zusammenarbeit** zeigen sich Gemeinsamkeiten und Grenzen des Miteinanders. Die Pluralität der Gesellschaft erfordert eine Zusammenarbeit, will man Ausgrenzung oder Dominanz von Teilen der Gesellschaft entgegenwirken.
- **Differenzen** zwischen religiösen und rechtsstaatlichen Normen stellen keine Besonderheit des Islam dar. Vielmehr sind sie in jeder Religion zu finden und können oftmals nur schwer von kulturellen Unterschieden getrennt werden. Es kommt jedoch darauf an, sie im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte aufzulösen. Beim Islam kommt hinzu, dass es generell eine **Pluralität an Islaminterpretationen** gibt. Diese gebietet eine differenzierte Wahrnehmung dieser Religion. Bei jeglicher Bewertung gilt es zu berücksichtigen, dass gerade das Grundrecht auf Religionsfreiheit im Rahmen der Verfassung eine Vielzahl an Religionspraktiken gewährt.

Gleichwohl gibt es beim Islam in den letzten Jahren eine besondere Entwicklung. Sie betrifft die Abgrenzung zwischen Islam und Islamismus, was auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist. Diese Unterschiede erschließen sich häufig nicht auf den ersten Blick. Islamisten benutzen den Islam dazu, ihre Ideologie zu untermauern und diese mit einer scheinbar unanfechtbaren Legitimation zu versehen, indem die religiösen Quellen selektiv interpretiert

werden und für politische Zwecke missbraucht werden.¹ Aber auch in der Öffentlichkeit wird häufig nicht genügend zwischen Islam und Islamismus differenziert. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit Extremismus, welcher islamisch begründet wird, bislang nur in geringem Maße stattfindet. Vor diesem Hintergrund will das Islamforum zu einem differenzierteren Bild der Muslime und muslimischen Lebens in unserer Gesellschaft beitragen und grenzt sich gleichzeitig eindeutig von jeglichen islamistischen Aktivitäten ab.

- In den letzten Jahren lässt sich in der Mehrzahl der islamischen Vereine Berlins ein **Werte- und Bewusstseinswandel** hin zu mehr **Transparenz** und **Öffnung** beobachten. Die Zusammenarbeit innerhalb des Islamforums soll dazu beitragen, diesen stärker in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken.
- Mit der folgenden Darstellung der Vielzahl zum Teil sehr unterschiedlicher Aktivitäten von Moscheegemeinden sollen diesen auch **Anregungen** gegeben werden, Beispiele anderer aufzugreifen und eigene Potentiale stärker auszuschöpfen.
- Schließlich stellt die folgende Darstellung auch eine **Anerkennung** für diejenigen dar, deren Aktivitäten beschrieben werden.

Anforderungen an die Zusammenarbeit

Die Erfahrung zeigt, dass die Entwicklung gemeinsamer Projekte zwischen islamischen Einrichtungen und anderen Akteuren im Stadtteil häufig grundlegende Fragen aufwirft, deren Bearbeitung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit elementar ist. Demnach werden folgende Anforderungen an die Kooperation gestellt:

¹ Zu der derzeitigen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus gibt es differenzierte Fachbeiträge (u. a. aus Verfassungsschutz und Wissenschaft). Die Broschüre „Islamismus“ des Berliner Verfassungsschutzes (Senatsverwaltung für Innere, Abteilung Verfassungsschutz, (Hrsg.) 2005: Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens) informiert kurz und übersichtlich über die Ideologie, Entstehungsgeschichte und Strukturen des Islamismus. Bei der an ein breites Publikum gerichteten Broschüre handelt es sich um eine Kurzbroschüre, die trotz notwendiger Vereinfachungen die komplizierte Wechselbeziehung zwischen Islam und Islamismus differenziert darstellt.

- **Offenheit und Transparenz** nach außen:
Für Außenstehende sollte nachvollziehbar sein, welche Aktivitäten in dem islamischen Verein stattfinden. Wünschenswert sind z.B. umfangreichere deutschsprachige Angebote dort oder deutschsprachige Angebote von anderen, die von dem islamischen Verein unterstützt werden. Ebenso sollten die Kooperationspartner und Unterstützer der islamischen Vereine und ihrer Verbände bekannt sein.
- **Sonstige Kooperationen:**
Die Öffnung eines Vereins zeigt sich auch darin, inwieweit regelmäßige Kontakte zu nicht-islamischen Organisationen oder Einrichtungen bestehen. Dies betrifft beide Richtungen: Inwieweit beteiligen sich nicht-muslimische Personen an den Angeboten des islamischen Vereins und inwieweit beteiligen sich Gemeindefmitglieder an externen Angeboten? Kooperation in diesem Sinne heißt also, dass nichtreligiöse Projekte, andere Einrichtungen (z.B. Volkshochschulen) oder auch andere Religionsgruppen sich an islamische Vereine wenden. Es bedeutet aber gleichermaßen, dass Vertreterinnen und Vertreter islamischer Gemeinden ihre Kompetenzen auch außerhalb einbringen.
- **Öffentliches Interesse:**
Im Rahmen der grundgesetzlich gewährten Religionsfreiheit besteht die primäre Aufgabe von Religionsgemeinschaften und ihren lokalen Organisationseinheiten in der gemeinschaftlichen Pflege und Förderung des religiösen Bekenntnisses und der Verkündung des Glaubens. Darüber hinaus nehmen sie in unterschiedlichem Umfang Aufgaben von allgemeinem Interesse, beispielsweise im Bereich der sozialen Dienste, wahr. Bei Projektkooperationen in den Bereichen Kultur, Bildung und Soziales zur Förderung der Integration ist zu klären – und dies gilt für alle Religionsgemeinschaften – inwieweit die Angebote des islamischen Vereins im öffentlichen Interesse stehen. Sofern eine Förderung aus öffentlichen Mitteln angestrebt wird, darf folglich eine solche Förderung aufgrund der Neutralitätsverpflich-

tung des Staates nicht der reinen religiösen Kultusausübung dienen. Vielmehr muss es sich um Angebote handeln, die grundsätzlich auch für nicht oder anders religiös gebundene Interessentinnen und Interessenten offen stehen. Ebenso gehören dazu die Kenntnis der jeweiligen Kooperationspartner und der Zielgruppe des Angebots. Die Förderung islamistischer Organisationen liegt dabei nicht im öffentlichen Interesse.

- Es ist zu unterscheiden zwischen **Dialog und Kooperation** und staatlicher **finanzieller Förderung** von Projekten von Moscheevereinen. Im letzteren Fall sind strengere fachliche Kriterien anzuwenden, hinzu kommen hier die für alle Zuwendungsempfänger des Landes Berlin gültigen Förderkriterien, unabhängig von den fachlichen Anforderungen.
- Eindeutiges **Ausschlusskriterium** für jegliche Kooperation und finanzielle Förderung sind die Verherrlichung von Gewalt, die Infragestellung der Trennung von Staat und Religion und die Ablehnung von Teilen unserer Verfassung (z.B. Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, Gewalt, Verletzung der Menschenrechte).
- Strittig bleibt für die Mitglieder des Islamforums, ob ein beispielhaftes Vorgehen nur an der konkreten **Aktivität** gemessen werden kann oder für eine Bewertung der durchführende **Moscheeverein** insgesamt in seinem Verband, seiner Arbeit und personellen Zusammensetzung heranzuziehen ist. Die dabei bestehenden Übergänge sind fließend. Hier eine am Einzelfall orientierte Lösung zu finden, ist die Herausforderung für alle Beteiligten. Für die folgende Darstellung heißt dies, dass sie auch begrüßenswerte Beispiele von Vereinen und Organisationen enthält, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

II. Ausgewählte Felder und Einzelbeispiele der Zusammenarbeit

Insbesondere aus der bisherigen Stadtteilarbeit ergeben sich diverse Felder einer Zusammenarbeit. Da die Kooperation und die Aktivitäten von islamischen Vereinen in den genannten Feldern für viele nicht neu sind und es bereits heute eine Vielzahl positiver Beispiele gelungener Arbeit im Stadtteil gibt, diese jedoch nicht ausreichend bekannt sind, werden im Folgenden diese Felder der Zusammenarbeit beschrieben und mit Beispielen verdeutlicht.²

Die folgende Aufzählung kann für sich nicht in Anspruch nehmen, alle nicht-religiösen Aktivitäten der islamischen Vereine Berlins zu enthalten. Sie entstand durch Zusendungen von Vertretern des Islamforums und durch Einzelgespräche mit einigen Vertretern islamischer Gemeinden. Die bemerkenswerte Anzahl von **32 Beispielen** zeigt auf eindrucksvolle Weise, wie intensiv und wie vielfältig inzwischen die Aktivitäten der Gemeinden sind, die über die unmittelbare Religionsausübung hinausgehen.

1. Erwachsenenbildung

Nicht selten fühlen sich Erwachsene unter den Zugewanderten aufgrund bestehender Verständigungsmöglichkeiten fremd und ziehen sich in ihr Privatleben zurück. Das Erlernen der deutschen Sprache ist daher unbestritten von großer Bedeutung. Islamische Vereine und Moscheegemeinden können hierbei eine wichtige Rolle spielen, da sie einen vertrauensvollen Zugang zu ihren Mitgliedern haben. Häufig verfügen sie über eigene Räume, die auch als soziale Treffpunkte von Bedeutung sind. Beide Ressourcen lassen sich noch stärker nutzen. Beispielhaft wäre die Bereitstellung von Gemeinderäumen für Deutschkurse und sonstiger Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), insbesondere der dortigen Vorschaltkurse der Volkshoch-

² Da der gesamte Themenkomplex „Islam und Schule“ in einer gesonderten Arbeitsgemeinschaft außerhalb des Islamforums bearbeitet wird, trafen die Mitglieder des Islamforums die Vereinbarung, diesen nicht zu behandeln. Daher wird jenes Themenfeld ausdrücklich aus der folgenden Darstellung ausgeklammert.

schule (VHS) oder Berufseinsteigerkurse verschiedener Job Center. Die Praxis zeigt, dass die Nachfrage nach Deutschkursen in Moscheegemeinden, also die Nachfrage nach solch niedrighschwelligem Angeboten, sehr hoch ist. Gleichwohl sind Deutschkurse in den Räumen von Moscheegemeinden sowohl von Vor- als auch von Nachteil. Einerseits ist die Zielgruppe über die Moscheegemeinden leicht erreichbar, andererseits gestaltet sich eine Mischung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern verschiedener Herkunft durch die zielgruppenspezifische Ansprache als schwierig. Die Vernetzung im zweiten Schritt sollte in Zukunft deshalb eine noch größere Rolle spielen.

Beispiele:

- **Deutsch- und Computerkurse – IZDB**

In den Räumen des Interkulturellen Zentrums für Dialog und Bildung (IZDB) werden Deutschkurse der VHS durchgeführt. Da die Mehrheit der Besucher des IZDB arabischer Herkunft ist, bestehen die Kurse vorwiegend aus Teilnehmerinnen und Teilnehmern arabischer Herkunft. Bisher haben 60 Frauen und 15 Männern an Deutschkursen der VHS in den Räumen des IZDB teilgenommen. Daneben werden auch in Kooperation mit der VHS Computerkenntnisse vermittelt. Für Pädagogen, die mit Kindern aus dem Soldiner Quartier arbeiten, bietet das IZDB einen Arabischkurs an, der aus dem Programm Soziale Stadt unterstützt wird.

- **Computer-Kurse – KAA**

Seit etwa Mitte 2006 bietet das Kulturzentrum Anatolischer Aleviten (KAA) Computer-Kurse für Frauen und Jugendliche an. Das Quartiersmanagement wirbt für die Kurse, um möglichst viele Interessenten zu erreichen und fördert die Kurse zudem finanziell.

- **Nähwerkstatt – KAA**

Ab Oktober 2006 bot das Kulturzentrum anatolischer Aleviten Nähkurse für Frauen und Mädchen an. Diese sollten, wie auch die PC-Kurse, grundsätzlich allen Interessentinnen offen stehen.

2. Elternarbeit

In vielen Moscheegemeinden werden Erziehungsfragen diskutiert. Teilweise reichen die Kompetenzen der Moscheevereine aber nicht aus, um beispielsweise folgende Fragen zu klären: Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es im Bereich Erziehung? Welche staatlichen Unterstützungsangebote bestehen? An wen kann man sich auf staatlicher Seite wenden? Fortbildungen zu diesen Themen könnten angeboten und genutzt werden. Insbesondere im Themenfeld Erziehung sind auch Angebote in den Muttersprachen von Bedeutung. Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass viele Eltern sich der Mitgestaltungsmöglichkeiten im Bereich Kindergarten/Schule nicht bewusst sind, da eine Elternpartizipation in Bezug auf schulische Fragen in den Herkunftsländern häufig nicht stattfindet.

Beispiele:

- **Projekt „Starke Eltern – Starke Kinder“ – IZDB**
Die Nachbarschaftsetage der Fabrik Osloer Straße führte gemeinsam mit dem Deutschen Kinderschutzbund und dem Verein Hayru Nisa e.V. zwischen Oktober und Dezember 2006 zwei Elternkurse „Starke Eltern - Starke Kinder“ in türkischer Sprache durch. Ziel war es dabei, die Erziehungskompetenz der Teilnehmerinnen zu erweitern. Insgesamt nahmen 24 Frauen türkischer Herkunft teil. Die ersten beiden Termine jedes Kurses fanden in für die Teilnehmerinnen vertrauten Räumen statt. Das IZDB und die Nachbarschaftsetage der Fabrik Osloer Straße planen für 2007 ebenfalls gemeinsame Angebote für Eltern zur Stärkung der Erziehungskompetenz.
- **Unterstützung der Initiative für ein besseres Neukölln – IKEZ**
Die „Initiative für ein besseres Neukölln“ wurde vom Bezirksamt Neukölln angeregt. Aufgrund der Beobachtung, dass viele nicht-deutsche Eltern kaum an Elternabenden teilnehmen und zudem häufig eine gestörte Kommunikation zwischen Eltern und Lehrern herrscht, wurde speziell für diese Mütter und

Väter nicht-deutscher Herkunft ein Elternabend organisiert. Das Islamische Kultur- und Erziehungszentrum warb hierfür innerhalb der eigenen Gemeinde und schlug einige relevante Themen (Schwimmunterricht, Teilnahme an Klassenfahrten etc.) vor, welche während des Elternabends besprochen wurden. Bislang fand der Elternabend nur einmal im Jahr 2004 statt. Für 2007 ist ein weiterer gemeinsamer Eltern-Lehrerabend geplant. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Schulamtes sollen spezifische Schwierigkeiten des Themenfeldes „Islam und Schule“ diskutiert werden. Das Ziel besteht darin, die Eltern mit ihren Bedenken und Sorgen ernst zu nehmen und sie gleichzeitig mit den Lehrern und dem Schulamt in Kontakt zu bringen.

3. Berufsvorbereitung

Volkshochschulen, der Senat und verschiedene Job Center bieten Kurse zur beruflichen Orientierung an. Über die Moscheegemeinden ließe sich das Zielgruppenspektrum erweitern. In einigen Fällen gelingen die Kooperationen mit den Moscheegemeinden, die Möglichkeiten sind jedoch noch längst nicht ausgeschöpft.

Beispiele:

- **Kausa Projekt – DITIB**

Mit zahlreichen Veranstaltungen von Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen (DITIB) und der Kölner Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen wurden Vorbeter und Moscheevereinsvorsitzende in ihrer Multiplikatorenfunktion auf die Bedeutung von Bildung und Ausbildung von Jugendlichen hingewiesen. Sie sollen ihren Einfluss auf Eltern, Betriebe und Jugendliche nutzen, um die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen zu verbessern. Bundesweit war das Vorgehen von DITIB erfolgreich.

- **Projekte zur beruflichen Qualifizierung von Frauen- IZDB**

Zur Förderung beruflich benachteiligter Mädchen und Frauen aus dem arabischen Raum führte das IZDB zwei aus dem LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) geförderte Projekte durch, in den Frauen motiviert und qualifiziert werden, sich z.B. in den Bereichen Gastronomie, Kosmetik oder Schneiderei eine Existenz aufzubauen. Ziel der Kurse war es, das Selbstbewusstsein der Mädchen und Frauen zu stärken und ihnen eine Perspektive für einen Einstieg ins Berufsleben zu geben.

Daneben nutzen andere Träger die Räume des IZDB zur Durchführung berufsorientierender LOS-Projekte. Dazu gehörte ein niedrighschwelliges Bewerbungstraining für Frauen und ein Existenzgründungsseminar, an dem überwiegend Männer teilnahmen.

Die berufsorientierenden Projekte im IZDB finden in enger Abstimmung mit dem Bezirksamt Mitte und dem Quartiersmanagement Soldiner Straße statt.

- **Informationen über die Ausbildung bei der Polizei**

Die Berliner Politik hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Migrantinnen und Migrantinnen im Polizeidienst zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund warb die Polizei bei muslimischen Jugendlichen in Moscheen für den Polizeiberuf. Sie informierte über Anforderungen und Aufgaben von Polizistinnen und Polizisten sowie über die Voraussetzungen für Bewerberinnen und Bewerber. Neben dem Ziel der Anwerbung von Auszubildenden diente der Besuch der Polizei auch dazu, das Bild der Polizei zu verbessern.

4. Zusammenarbeit mit der Polizei

Die Polizei fördert mit verschiedenen Projekten die Integration und das Zusammenleben im Kiez. In diesem Zusammenhang hat die Berliner Polizei bereits seit längerer Zeit stadtweit eine Vielzahl unterschiedlicher Kontakte zu muslimischen Organisationen aufgebaut. Es werden anlassbezogene und regelmäßige Formen der Zusammenarbeit mit islamischen Einrichtungen praktiziert wie z.B. Gesprächskreise und gemeinsame Veranstaltungen. Diese gilt es fortzuführen.

Beispiele:

Im Rahmen von vertrauensbildenden Maßnahmen besteht in fast allen örtlichen Direktionen regelmäßiger Kontakt zu den dort befindlichen Moscheevereinen, teilweise in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement. In Einzelmaßnahmen wurden bisher Veranstaltungen zu Themen wie „häusliche Gewalt“, „Jugendkriminalität“, „Ehrenmorde“, „Gewaltfreie Schulen“ sowie „Umgang mit Verkehr“ in Moscheen durchgeführt.

- **Transfer interkultureller Kompetenz (TIK-Projekt) – Polizeidirektion 5 und 3**

Im Alltag hat sich gezeigt, dass ein Polizeieinsatz im islamischen Umfeld zu praktischen Problemen führen kann, welche durch ein Mindestmaß an Sachkenntnis und Sensibilität vermieden werden könnten. Durch die Zusammenarbeit zwischen Moscheegemeinden und der Polizei in gemeinsamen Projekten will sich die Polizei ein Bild vom Lebensumfeld muslimischer Migranten verschaffen und gleichzeitig ihre eigenen Kenntnisse in Bezug auf unterschiedliche kulturelle Verhaltensmuster und Kommunikationsformen erweitern. 2003 begann der Polizeiabschnitt 54 in Neukölln in Zusammenarbeit mit umliegenden Moscheegemeinden das TiK-Projekt, das 2005 auf weitere Polizeiabschnitte ausgedehnt wurde. Ziel des Projektes war und ist es, adäquate Kompetenzen zu entwickeln, um in interkulturellen Zusammenhängen besser intervenieren und sachkundiger urteilen zu können und auch bestehende

Probleme gemeinsam zu lösen. Im Rahmen des Projekts bauen die jeweiligen Dienststellen Kontakt zu den Moscheegemeinden auf. Es entstehen einzelne Kooperationen mit Moscheevereinen, die zum Beispiel auf die Zusammenarbeit im Bereich der Prävention von Kriminalität muslimischer Jugendlicher abzielen.

Aus den Erfahrungen des TiK-Projekts wurden Erkenntnisse abgeleitet, die in einen bundesweiten **Leitfaden** einfließen. Dieser soll den Polizeibeamten helfen, ihre Sachkenntnisse über muslimisches Leben in Deutschland zu erhöhen und dadurch für kulturelle Unterschiede sensibilisiert zu werden. Polizeiliches Handeln wird auf diese Weise effektiver und die Akzeptanz der Polizei innerhalb der Bevölkerung besser.

5. Jugendarbeit

In vielen Moscheegemeinden findet außerhalb des Koranunterrichts und des Gebets Jugendarbeit statt. Das Interesse islamischer Gemeinden auf diesem Gebiet ist hoch. Allerdings ist ihre Arbeit in diesem Bereich sowohl hinsichtlich des fachlichen pädagogischen Wissens als auch ausgebildeter Fachkräfte verbesserungsbedürftig. Demnach könnte auch in diesem Handlungsfeld die Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen die Kompetenzen der Gemeinden erweitern. Eine Kooperation könnte darüber hinaus zu mehr Transparenz, zum gegenseitigen Kennen Lernen und zur Erweiterung der Kenntnisse in Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Erziehung und gemäß des Kinder- und Jugendschutzgesetzes führen.

Beispiele:

- **Deutschförderung – KAA**

Für das Schuljahr 2007/2008 plant das Kulturzentrum Anatolischer Aleviten, für Schülerinnen und Schüler mit schulischen Problemen eine Hausaufgabenhilfe anzubieten. In diesem Rahmen will das Kulturzentrum gemeinsam mit der Schulleitung überlegen, welche Kinder einer zusätzlichen Förderung bedürfen. Die Hausaufgabenhilfe, welche sich an Grundschülerinnen und -schüler richtet, soll in den Räumen des Kulturzentrums stattfinden. Aufgrund der Beobachtung des Kulturzentrums, dass viele Kinder über Schwierigkeiten verfügen, sollen darüber hinaus auch Deutschkurse für Grundschülerinnen und -schüler zusammen mit ihren Müttern angeboten werden.

6. Nachbarschaft

Moscheegemeinden und islamische Vereine sind an der Kommunikation in der Nachbarschaft interessiert. Diese erfolgt aber bisher nur durch die Mitwirkung der Menschen im unmittelbaren Wohnumfeld einerseits und durch die Öffnung der Moscheen nach außen andererseits. So bietet z.B. die Gestaltung des Wohnumfelds den islamischen Vereinen eine Möglichkeit, sich zu engagieren. Weitere Möglichkeiten zur Partizipation könnten in diesem Bereich geschaffen werden, um die Akzeptanz im Stadtteil zu erhöhen und eine bedarfsgerechte Gestaltung des Wohnumfeldes zu schaffen. Zu diesem Handlungsfeld gehören Angebote an das nähere Wohnumfeld, aber auch Einladungen zum interreligiösen Dialog.

Beispiele:

- **Straßenfest – IKEZ**

Ursprünglich suchte das Islamische Kultur- und Erziehungszentrum nach einer Form, sein zehnjähriges Jubiläum zu feiern. Da die meisten Nachbarn kaum oder lediglich geringe Kenntnisse in Bezug auf das Zentrum hatten, entschloss man sich 2005 zu einem Straßenfest. Im Jahr 2006 wurde das Stra-

ßenfest wiederholt und erweitert. So diente es diesmal nicht lediglich dem Kennen Lernen zwischen den Nachbarn und der islamischen Gemeinde, vielmehr waren auch nicht-islamische Einrichtungen, wie die Diakonie mit eigenen Ständen vertreten. Das Straßenfest erfuhr sehr positive Resonanz und soll aufgrund dessen zukünftig zweimal im Jahr stattfinden.

- **Bereitstellung eigener Räumlichkeiten – KAA**

Das Kulturzentrum Anatolischer Aleviten stellt seit einigen Jahren seine Räume für Nachbarn zur Verfügung. Seit einem halben Jahr finden regelmäßig Besuche anderer Vereine und Bürgerinitiativen statt, welche die Räume und das Inventar des Kulturzentrums für Versammlungen, Podiumsdiskussionen oder Aufführungen unentgeltlich nutzen.

- **Umweltschutzaktion – INSSAN**

Im Jahr 2004 rief INSSAN die Umweltschutzaktion „Multikultur pro Natur“ ins Leben. In drei Berliner Moscheen wurde dazu aufgerufen, im Rahmen der Aktionstage mit Zangen und Müllsäcken in einer Berliner Grünanlage den Müll einzusammeln. Zudem wurden für eine Woche Schilder mit Zitaten aus dem Koran, der Bibel, von Philosophen und Politikern zum Thema Umweltschutz in Parkanlagen aufgestellt, mit dem Ziel, die Besucher auch weiterhin an naturverträgliches Verhalten zu erinnern. Auch zahlreiche Organisationen und Einrichtungen, die sich im Umweltschutzbereich engagieren, wurden zur Teilnahme eingeladen. Die Stiftung Naturschutz fördert das Projekt finanziell, die BSR spendete Arbeitsmaterialien wie Greifzangen, Müllsäcke, Handschuhe usw.

- **Berufsorientierende Seminare für Jugendliche – IZDB**

Seit Mai 2006 bietet das IZDB gemeinsam mit dem Ausbildungszentrum Quadriga berufsorientierende Seminare für Jugendliche an. Die Teilnehmenden sind meist im Alter zwischen 11 und 18 Jahren und sollen im Rahmen des Seminars lernen, ihre Interessen und Fähigkeiten zu erkennen, damit sie ihre

Berufsrichtung gezielt wählen können. Darüber hinaus sollen die Jugendlichen in einem Coaching auf die Bewerbungssituation vorbereitet werden.

7. Partizipation

Bisher werden unterschiedliche Partizipationsstrategien auf Quartiers- bzw. Bezirksebene vorgenommen. Zur Einschätzung spielt das Ausmaß, in welchem muslimische Vertreterinnen und Vertreter in bezirkliche Entscheidungsprozesse einbezogen werden, eine große Rolle. Folgende Fragen sind zu berücksichtigen: Inwieweit wird auf muslimische Vertreter/innen zugegangen? Inwieweit bieten sie auch selbst ihre Arbeit und damit vor allem ihre Kompetenzen an? Beispiele finden sich in diversen bezirklichen Runden, Arbeitskreisen der Verwaltung, Elternvertretungen, in der Stadtteilarbeit etc.

Beispiele:

- **Zusammenarbeit von Moscheegemeinden mit dem Quartiersmanagement**

In den Quartiersmanagement-Gebieten beraten Bürgergremien wie Quartiersräte und Vergabebeiräte über die Gebietsentwicklung und die Verwendung von Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt. In den Gebieten Moabit-West und Soldiner Straße sind in diesen Gremien auch Musliminnen und Muslime aktiv, die sich außerdem in ihren Moscheegemeinden engagieren. Unter den 24 Mitgliedern des Quartiersrates im Gebiet Soldiner Straße sind dies drei Personen aus drei verschiedenen Moscheegemeinden. Daneben sind Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens in den Gremien vertreten, die nicht in Moscheegemeinden aktiv sind. Die Muslimischen Vertreterinnen und Vertreter haben eine Scharnierfunktion, indem sie Ideen und Vorschläge aus den jeweiligen Bereichen (Quartiersrat und Moscheegemeinde) gegenseitig einbringen.

Moscheegemeinden und islamische Vereine erhalten wie Kulturvereine, Schulfördervereine oder Sportvereine und andere Akteure, Informationen

über die wichtigsten Entwicklungen im Stadtteil und über Finanzierungsmöglichkeiten für Projektideen. Dabei gelten für Projektvorschläge, die aus islamischen Vereinen kommen, die gleichen Kriterien, wie für Vorschläge von anderen. Ein Projekt muss im öffentlichen Interesse sein und klar von den sonstigen gemeindeinternen Aktivitäten abgrenzbar. Der Bedarf muss erkennbar sein und die Aussicht auf eine erfolgreiche Umsetzung erkennbar sein. Da im Rahmen des Quartiersmanagementverfahrens sowohl die aus Bewohnerinnen und Bewohnern zusammengesetzten Quartiersräte, als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung die Projektvorschläge prüfen, sind die Hürden sehr hoch. Das kann wiederum zu Konflikten führen. Während es einigen Moscheegemeinden gelingt, diese Hürden zu nehmen und erfolgreich Projekte zu konzipieren, präsentieren und durchzuführen scheitern andere an diesen Hürden. Sie scheitern an der Förderlogik der verschiedenen Programme und sind enttäuscht, dass sie keine institutionelle Förderung für ihre Gemeindegemeinschaft erhalten.

- **Runde Tische**

In Friedrichshain-Kreuzberg existiert unter Leitung des Bezirksbürgermeisters ein Runder Tisch. In diesem Rahmen treffen bezirkliche Vertreterinnen und Vertreter mit denen muslimischer Vereine des Bezirks zusammen.

- **Wahlvorbereitung – IKEZ und HdW**

Sowohl das Islamische Kultur- und Erziehungszentrum als auch das Haus der Weisheit (HdW) führten vor der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2006 und nach Auskunft des Islamischen Kultur- und Erziehungszentrums zum Teil vor der Bundestagswahl 2005 eine Informationsveranstaltung durch. Vertreterinnen und Vertreter der großen Parteien stellten den Gläubigen ihre Parteiprogramme vor und standen ihnen darüber hinaus Rede und Antwort zu verschiedenen politischen Themen. Das Ziel bestand einerseits darin, das Bewusstsein der wahlberechtigten Musliminnen und Muslime für ihr

politisches Mitgestaltungsrecht zu wecken und andererseits bestehende Pauschalurteile wie beispielsweise „die tun ja sowieso nichts für uns“ durch eine aktive Auseinandersetzung mit den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien in Bezug auf innenpolitische Fragen zu revidieren.

- **Moscheebauvorhaben – Arbeitsgruppe der Stadt Dortmund**

Ein positives Beispiel außerhalb Berlins: Sicherlich eine gute Anregung ist die Arbeitsgruppe der Stadt Dortmund, in der alle Personen, die in irgendeiner Weise mit einem Moscheebauvorhaben zu tun haben (Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Behörden und Moscheegemeinden, Integrationsbeauftragte, Politikerinnen und Politiker usw.) sich zusammenfinden. Die Arbeitsgruppe trifft sich, sobald ein neues Bauvorhaben geplant ist. Auf diese Weise konnten bereits viele Fehler der verschiedenen Akteure vermieden werden, da die AG schon in einer sehr frühen Planungsphase beratend und unterstützend wirkt. Mehrere Bauvorhaben wurden so bereits realisiert. Angesichts der Konflikte um Moscheebauvorhaben in Berlin wäre die Einrichtung solch einer AG, die es in der Vergangenheit in Kreuzberg bereits gab, zu überlegen. Über Bauprojekte wird in Berlin in der Regel auf Bezirksebene entschieden, die beantragende Moscheegemeinde kann jedoch nicht von sich aus auf die Erfahrungen der anderen Bezirke zurückgreifen. Diese Besonderheit ließe sich mit einer flexiblen Teilnahme berücksichtigen, zumal in der Regel nur wenige Berliner Bezirke betroffen sind.

8. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Islamische Vereine initiierten auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu ganz unterschiedlichen Themen.

Beispiele:

- **1.Mai**
Erfolgreiche gemeinsame Vorbereitung für einen friedlichen 1.Mai in Kreuzberg unter Einbeziehung von Moscheevereinen.
- **Mahnwache und Demonstration für die Opfer von Srebrenica – IKdB**
Mit einer Demonstration und einer Mahnwache machte das Islamische Kulturzentrum der Bosniaken (IKdB) in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für bedrohte Völker auf den zehnten Jahrestag des Massakers von Srebrenica aufmerksam und gedachte seiner Opfer. Das Ziel der beiden Aktivitäten bestand darin, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf jenes kriegerische Ereignis zu lenken und damit gemeinsam mit nicht-bosnischen Mitbürgern zu gedenken.
- **Umweltzeitschrift „Mitwelt“ – IKEZ**
Das Islamische Kultur- und Erziehungszentrum plant die Herausgabe der Umweltzeitschrift „Mitwelt“. Die erste der zwei vorerst geplanten Ausgaben soll im Dezember in deutscher und arabischer Sprache erscheinen und verschiedene Umweltthemen, beispielsweise die Mülltrennung, behandeln. Anlass für diese Initiative ist die Beobachtung, dass viele Muslime über ein geringes Umweltbewusstsein verfügen. Mit Hilfe der geplanten Zeitschrift soll vor allem das Umweltbewusstsein von Jugendlichen verstärkt werden. Die Zeitschrift, die vom Bezirksamt Neukölln finanziell unterstützt wird, soll bei positiver Resonanz über die ersten beiden Ausgaben hinausgehend halbjährig herausgebracht werden. Neben einer Printausgabe ist die Veröffentlichung im Internet geplant.

- **Postkartenaktion gegen Zwangsehen – INSSAN**

Eine positive Resonanz von muslimischen und nichtmuslimischen Berlinern erfuhr die von INSSAN durchgeführte Postkartenaktion gegen Zwangsehen. Die Vorderseite der Postkarte bildete ein großes rotes Herz mit der Aufschrift „Zwangsehen sind ein Verbrechen“. Ferner wurden Koranzitate aufgeführt sowie der Hinweis des Propheten Mohammed, dass die Ehe unter Zwang verboten ist. Die Postkarten wurden in Moscheen, Cafes und zahlreichen anderen Orten verteilt und erfuhren auch in Moscheegemeinden aus zahlreichen deutschen Städten positive Resonanz.

- **Hilfe für die Opfer der Elb-Flutkatastrophe – Islamic Relief**

Die Überflutung der Elbe war eine der größten Flutkatastrophen in Deutschland. Das Berliner Büro der Hilfsorganisation Islamic Relief sagte sofort seine Hilfe zu und spendete der Stadt Pirna 30.000€. In seiner Dankesrede hob der Bürgermeister hervor, dass es bisher keinen Kontakt zu Muslimen in Pirna gegeben habe, die Stadt daher aber umso erfreuter sei, dass die Muslime sich solidarisch zeigten.

- **Moabiter Erklärung zum Zusammenleben verschiedener Religionen im Stadtteil unter Beteiligung dortiger Imame – QM Moabit West**

Das Quartiersmanagement Moabit West berichtet von einer verstärkten Zusammenarbeit der verschiedenen Religionsgemeinschaften des Stadtteils. Im Zuge dessen kamen zwölf Vertreterinnen und Vertreter vor allem von Religionsgemeinschaften des Stadtteils zusammen und unterzeichneten ein Positionspapier, welches gemeinsam festgelegte Grundsätze für ein friedliches Zusammenleben in Moabit fixiert („Moabiter Erklärung“). Darüber hinaus finden regelmäßig gemeinsame öffentliche Veranstaltungen zu verschiedenen Themen statt. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Religionsgemeinschaften verfolgt unterschiedliche Ziele: Einerseits soll durch den Austausch ein besseres Kennen Lernen der einzel-

nen Religionen mit ihren Bräuchen und Festen erfolgen, andererseits soll die Zusammenarbeit gemeinsam mit dem Quartiersmanagement zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation sowie zur Lösung bestehender Probleme beitragen.

- **Obdachlosenspeisung**

Mitglieder der Muslimischen Jugend in Deutschland e.V. suchten Obdachlose an ihren Aufenthaltsorten, wie z. B. Bahnhöfen, Einkaufspassagen und U-Bahnhöfen auf und versorgten sie mit einer Mahlzeit (z. B. belegte Brötchen und Obst). Ziel der Aktion war es, neben der Hilfe für die Obdachlosen, den Jugendlichen ein soziales Verantwortungsgefühl und einen Bezug zur Armut zu vermitteln. Da die Mahlzeiten von den Jugendlichen selbst vorbereitet, verteilt und finanziert wurden, gab es einen sehr persönlichen Bezug zu den Aktionen.

9. Gesundheit

Moscheegemeinden stehen grundsätzlich gesundheitsfördernden Aktivitäten offen gegenüber. Das dortige Potenzial ist allerdings bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Folgende Themen bieten sich an: Gesundheitsvorsorge, Ernährung, Frauengesundheit, Sport und Gesundheit, Altenpflege, etc.

Beispiele:

- **Psychologische Betreuung für vom Krieg traumatisierte Frauen und Männer – IKdB**

Seit ungefähr vier Jahren bekommen durch Krieg und Misshandlung traumatisierte Frauen die Möglichkeit, sich in den Räumen des Kulturzentrums durch Einzelgespräche mit Psychologen betreuen zu lassen. Seit einigen wenigen Jahren besteht auch für traumatisierte Männer das Angebot an Gruppentherapien teilzunehmen. Insgesamt erfuhr dieses Angebot positive Resonanz. Nicht nur das Angebot allein ist von großer Bedeutung, auch die Tatsache, dass die psychologische Betreuung in den Räumen des Islamischen Kulturzentrums stattfindet, spielt

eine erhebliche Rolle für die Fortschritte innerhalb der psychologischen Betreuung, da die meisten Teilnehmenden mit dem Ort vertraut sind. Neben psychischen Barrieren bestehen auch sprachliche Schwierigkeiten, da die Therapie ausschließlich von deutschen Psychologen durchgeführt wird.

- **Aktionstag gegen Leukämie – INSSAN**

Oftmals ist eine Stammzellenspende die letzte Überlebenschance für an Leukämie erkrankte Menschen. Da aber nur wenige Migrantinnen und Migranten ihre Blutwerte bei der Deutschen Knochenmarkspenderdatei registrieren lassen, ist es insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund oft sehr schwierig, einen passenden Spender bzw. eine Spenderin zu finden. So entschloss sich INSSAN nach einer Anfrage des Grünen Politikers Cem Özdemir einen Aktionstag gegen Leukämie durchzuführen. In insgesamt fünf Berliner Moscheen riefen die Hodschas und Imame die Betenden dazu auf, sich als potenzielle Spenderinnen und Spender registrieren zu lassen. Direkt nach dem Gebet standen Ärzte und Krankenschwestern zur Blutabnahme bereit. Insgesamt ließen sich 336 Menschen registrieren. Mehrere Moscheen wünschen eine Wiederholung und Ausweitung der Aktion.

10. Interreligiöser Dialog

Der interreligiöse Dialog ist in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden und wurde im Laufe der Zeit intensiviert. Im Zuge dessen sind sehr viele islamische Vereine in verschiedenen Projekten mit dem Ziel der interreligiösen Verständigung aktiv.

Beispiele:

- **Tag der Religionsstifter – Ahmadiyya**

Im Mai 2006 lud die Ahmadiyya-Gemeinde zum Tag der Religionsstifter ein. Dieser diente dem Austausch verschiedener Religionsgemeinschaften. Hierzu waren ein Pfarrer, ein Rabbiner sowie ein Vertreter der buddhistischen Gemeinde eingeladen.

- **Interreligiöser Dialog zum Thema Menschenwürde – Ahmadiyya**
Auch der von der Ahmadiyya-Gemeinde initiierte Dialog zielte auf den Austausch der verschiedenen Religionsgemeinschaften ab. Im Zuge dessen trafen sich Vertreterinnen und Vertreter des Judentums, Christentums und des Buddhismus, um über das Thema „Menschenwürde in den Weltreligionen“ zu diskutieren.
- **Tag der offenen Moschee**
Nahezu alle Moscheen sind täglich geöffnet und können jederzeit auch von Menschen nicht muslimischen Glaubens besucht werden. Einige Moscheen, z.B. die Şehitlik-Moschee am Columbiadamm, bieten mittlerweile regelmäßig Führungen für Besuchergruppen an. Seit 1997 laden Moscheegemeinden bundesweit am 3.Oktober darüber hinaus gezielt nicht-muslimische Besucher zu Moscheeführungen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen u.ä. unter dem Titel ‚Tag der offenen Moschee‘ ein. Das Angebot stößt jährlich auf breites Interesse.
- **Gebet für ein friedliches Zusammenleben und Gedenken der Opfer des 11.09.2001**
Anlässlich des fünften Jahrestages der Anschläge in den USA vom 11. September 2001 gedachten rund 40 Moscheengemeinden Berlins im Freitagsgebet am 8.9.06 der Opfer und beteten für ein friedliches Zusammenleben. Sechs Moscheen luden auch Nicht-Muslime zum Freitagsgebet ein, was von Berliner Politikern und Politikerinnen gerne wahrgenommen wurde. Bemerkenswert ist, dass sich spontan eine große Anzahl der Moscheegemeinden der Initiative anschlossen. Das gemeinsame Gebet erfuhr in der Öffentlichkeit außerordentlich positive Resonanz. Initiiert wurde das gemeinsame Freitagsgebet vom Islamforum.
- **Islamwoche - IBMUS**
Die Initiative Berliner Muslime, die aus acht Berliner Vereinen besteht, veranstaltet alljährlich die Islamwoche, zu der alle Berlinerinnen und Berliner eingeladen sind. Die Islamwoche hat sich in den letzten

Jahren zu einem Forum des gegenseitigen Kennen Lernens und Dialog entwickelt. Als Redner/innen und Podiumsteilnehmer/innen sind viele Akteure der Gesellschaft zu den unterschiedlichsten Themen rund um den Islam und die Muslime eingeladen. Neben den Einzelveranstaltungen können die Besucherinnen und Besucher ein reichhaltiges Informationsangebot wahrnehmen. Ein kulturelles und kulinarisches Programm rundet die Veranstaltung ab.

Islamforum Berlin - Beteiligte Institutionen

Veranstalter

Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration

Muslimische Akademie

Dachverbände und Moscheen

Ahmadiyya – Muslimische Gemeinde Berlin

Förderverein alevitisches Gedächtnis

Haus der Weisheit e.V.

Initiative Berliner Muslime (IBMUS)

Inssan für kulturelle Interaktion e.V.

Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung e.V.
(IZDB)

Islamische Föderation in Berlin

Islamisches Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e.V.
(IKEZ)

Islamisches Kulturzentrum der Bosniaken in Berlin e.V.

Kulturzentrum Anatolischer Aleviten e.V.

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
(DITIB)

Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ)

Migrantenorganisationen

Al-Huleh e.V.

Türkische Gemeinde zu Berlin e.V.

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg

Religionsgemeinschaften

Erzbistum Berlin – Kath. Kirche Berlin

Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg

Jüdische Gemeinde zu Berlin

Politik / Verwaltung

Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte

Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg

Landesarbeitsgemeinschaft der Integrations- und Migrationsbeauftragten

Senator für Inneres und Sport

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Senatskanzlei - Beauftragte für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Sonstige

Quartiersmanagement Moabit West

Quartiersmanagement Soldiner Straße

Koordination Islamforum:

Der Beauftragte des Senats für Integration
und Migration

Potsdamer Str. 65

10785 Berlin

Tel: 030-90172351

Fax: 030-90172320

E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

www.integrationsbeauftragter-berlin.de

Muslimische Akademie in Deutschland

Kaiserdamm 100

14057 Berlin

Tel.: 030-30 10 94 99

Fax: 030-30 10 95 31

E-Mail: islamforum@berlin-diversity.de

Impressum:**Herausgeber:**

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration
und Migration

Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: 030 / 90 17 23 51

Fax: 030 / 90 17 23 20

E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de
www.integrationsbeauftragter-berlin.de

Copyright © 2007

Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und
Migration

Titelfoto:

Minarett der Şehitlik-Moschee am Columbiadamm.
Foto: ullstein-bild - Schöning

Druck:

H&P Druck

Berlin, August 2007

ISBN: 978-3-938352-20-5

**Handlungsfelder der Zusammenarbeit
mit islamischen Vereinen im Stadtteil**

Herausgeber:

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und
Migration

Potsdamer Straße 65

10785 Berlin

www.integrationsbeauftragter-berlin.de

ISBN: 978-3-938352-20-5